

Er scheint
an allen Werken.
Bezugspreis
für Monat November 250.—
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Bezugspreis:
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polen 40.— M.
Restante 120.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Restante 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegraphische Adressen:
Tageblatt Posen.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 288 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Der zweite Habsburger Putz.

Von Dr. Gustav Greny.

Das Gespenst, dessen Umrisse in Wien seit Wochen schauernd vorzeichnet wurden, hat Wirklichkeitsformen angenommen. Die „Karlsfeste“ ist durch den Umarsch Kaiser Karls und seiner Gemahlin von Odenburg nach Dienstadt zum schwerwiegenden Ereignis der Stunde geworden. Was in diesen sturmbelegten Tagen in Ungarn ausgeht, greift mit Schicksalschwere nach Prag, Belgrad und Rom über, stellt Deutsch-Osterreich und ganz besonders Wien vor die härteste Krisis, die diesem fleischen Körper seit dem Zusammenbruch beschieden werden konnte und rüttelt in letzter Folge auch am deutschen Problem.

Die Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit zeigte, daß mit Karls mißlungenem Osterfeldzug die ungarische Politik zwangsläufig diesem Ende entgegensteuerte, und daß die neue Kraftprobe in ihrer internationalen Bedeutung den Erhebungsgrad vom Frühjahr wesentlich übersteigern würde. Die Verwicklung, wie sie jetzt auftrat, hatte ein ungarisches und ein weltpolitisches Gesicht. Der Zusammenhang zwischen dem magyarischen Parteigetriebe und jenen staatlichen Interessenströmungen, die von allen kontinentalen Himmelsrichtungen nach Südosteuropa hinweisen, ist beträchtlich enger, als es dem nur parteimäßig orientierten Bürger der ungarischen Reaktion erscheinen mag.

Seit zwei Jahren, also seitdem der trotz aller inneren Nisse noch immer fortwirkende „christlich-nationale Kurs“ mit Horthy und seiner Gefolgschaft in Ungarn eingerückt ist, steht hinter aller Willkür und allem Hader der Fraktionen letztes Ende stets der erbitterte Kampf um die Lösung der Königsfrage. Nicht ehrliebe kleinagrarische Interessen, nicht die Dringlichkeit der Bodenreform haben seinerzeit zur Bildung einer „Partei der kleinen Landwirte“ geführt. Eine besondere Gruppe von Aristokraten und Großgrundbesitzern tat sich hier der Form nach mit einigen reich gewordenen Großbauern zusammen, um ein eigenes außenpolitisches Programm zur Entfaltung zu bringen, das sich mit dem Verzicht auf laute Irredenta, territorialem Rückeroberungslärm und einem schroffen „Lagidunismus“ in der Verfolgung lebenswichtiger Wirtschaftsinteressen der gegebenen europäischen Lage anpaßt. In diesem Sinne drangen die „kleinen Landwirte“ von jeher auf innere Militärabrüstung, auf bindende Wirtschaftsverträge mit den Nachbarstaaten und, entgegen der schrankenlosen Liebedienerei vor dem wirtschaftlichen Siegerdiktat, auch auf eine engere Orientierung nach deutscher Seite. In der Königsfrage ist das Verhalten dieser Gruppe durch die Forderung der sog. „freien Königswahl“, die in der ungarischen Nationalversammlung öfter zu den wüsten Zusammenstößen mit der habsburgischen Mehrheit führte, gekennzeichnet.

Als Karl im vorigen April auf einen entschiedenen Druck der Kleinen und Großen Entente aus Steinsamanger weichen mußte, wurde durch die Ernennung des Grafen Bethlen — eines direkten Abkömmlings jenes siebenbürgischen Fürsten Stephan Bethlen, der an der Seite des Schwedenkönigs Gustav Adolf gegen die Habsburger kämpfte — zum Ministerpräsidenten auf „christlich-nationaler“ Parteigrundlage für ein geschicktes Ausgleichen zwischen den äußersten Gegensätzen gesorgt. Allein der Druck von Seiten der karlistischen Vorläufer verschärfte sich alsbald in unerträglicher Weise und gefährdete die Lage des Kabinetts Bethlen, hinter dem auch die Gruppe um den Reichsverweser stand, immer schwieriger. Das völlige Scheitern der Sanierungspläne des jüngst abgedankten Finanzministers Hegedus hängt auch mit diesen habsburgischen Umtrieben zusammen. Die Hauptmerkmale dieser „legitimistischen“ Kampagne waren: das Wiederhervortreten der extremen Antisemitengruppe Rakovitzky, Haller, Beniczky, diesmal mit demokratisch klingenden Enthüllungskampagnen, zu welchen auch der Graf Andrássy, der letzte Außenminister und rühmliche Fürsprecher des Hauses Habsburg, hinüberzuckte; ferner der wieder zunehmende Einfluß des politischen Wankgenossen Friedrich, der nach einer vorübergehenden Liebsäugel mit den „kleinen Landwirten“ neuerdings habsburgische Wiederherstellungsabsichten nachhängen schien.

Die Abneigung gegen die Anhänger der „freien Königswahl“ nahm immer schärfere Formen an. Es gelang, die Führer der Kleinagrarien in eine großangelegte Expropriation zu verwickeln, mehrere der Partei nahestehenden Persönlichkeiten zu verhaften und die Partei selbst dermaßen einzuschüchtern, daß anlässlich einer Besprechung anfangs dieses Monats nur noch ein Drittel der Mitglieder Mut hatte, Farbe zu bekennen. Graf Apponyi, dieses nach außen einflussreichste Haupt der ungarischen Nationalkonservativen, der nun auch unter den Legitimisten eine führende Rolle einnimmt und anlässlich eines Schweizer Besuchs vor wenigen Monaten von Kaiser Karl den Hausorden des „Goldenen Vließes“ erhielt, wendet sich in einem Leitartikel des „Dobrá Hírlap“ vom 11. Oktober voller Entrüstung gegen den übriggebliebenen Rest der „freien Königswähler“, deren Verhalten er für weitaus schlimmer hält, als das Bekenntnis zur Republik (was bei der heute herrschenden magyarischen Seelenverfassung nicht wenig heißen will). Er brandmarkt diese Tendenz als eine Waffensetzung vor dem Ententeinfluß (!) und bezeichnet jenen König, der an Stelle des verfassungsmäßig

Das Optionsrecht für Oberschlesien.

Berlin, 28. Oktober. (Tel.-An.) Die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt, ist bezüglich des Optionsrechtes der Deutschen in dem an Polen fallenden Teile des Abstimmungsgebietes nur insoweit eine Änderung eingetreten, als deutsche Reichsangehörige, die erst nach dem 1. Januar 1908 ihren Wohnsitz in Oberschlesien angenommen haben, das Recht haben, noch weitere 15 Jahre im abgetretenen Gebiet zu wohnen, ohne ausgewiesen zu werden. Außerdem haben diejenigen, denen das Recht der Option nach 2 Jahren aussteht, ebenfalls das Recht, noch weitere 15 Jahre im neuen polnischen Gebiet zu wohnen, auch wenn sie innerhalb der 2 Jahre für Deutschland optiert haben. Auch in diesem Falle dürfen sie nicht ausgewiesen werden. Daß eine große politische Gefahr und wirtschaftliche Schädigung abzuleiten mit einer solchen Option für Deutschland innerhalb des polnischen Gebietes verbunden sein dürfte, versteht sich von selbst.

Die Polen zur Übernahme bereit.

Kattowitz, 28. Oktober. (Tel.-An.) Kattowitz ist in diesen Tagen stärker durch langweilige Beamte belegt worden, für die Bureaus im Hotel „Deutsches Haus“ und im „Russischen Hof“ eingerichtet wurden, um Vorbereitungen für die Übernahme der Bahnen usw. zu treffen. Ein bekannter Polenführer erklärte, daß alles zur Übernahme bereit sei. Man warte nur noch auf das Ergebnis der Doppelten Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Seite.

Englisch-amerikanische Entschädigungskredite an Deutschland.

Paris, 27. Oktober. Dem Berliner Berichterstatter des „New York Herald“ zufolge haben in den letzten Tagen zwischen dem Chef des Londoner Bankhauses Anton Rothschild und Mitgliedern der deutschen Regierung wegen einer englisch-amerikanischen Entschädigungsanleihe Verhandlungen stattgefunden. Baron Rothschild verließ gestern Abend Berlin und wird nach London zurückkehren mit der Absicht, diese Anleihe mit der englischen Regierung zu erörtern. Wenn sein Standpunkt in der Downingstreet Zustimmung finden sollte, würde er sofort nach Amerika reisen, um mit amerikanischen Bankiers zu verhandeln. Die ersten Besprechungen in Berlin wurden im Berliner Bankhaus von Wendelssohn u. Co. abgehalten. Reichskanzler Dr. Wirth, Dr. Rosen, Dr. Rathenau, Präsident Habenstein von der Reichsbank, Herr v. Schlabach und andere waren anwesend. Am nächsten Tage wurden die Besprechungen im auswärtigen Amt fortgesetzt. Außer den genannten Herren waren hier noch der Präsident des Reichsverbandes der Industrie Dr. Sorge sowie Herr Krämer vom Reichswirtschaftsrat anwesend.

Es ist noch nicht bekannt, auf welche Summe sich die Anleihe belaufen würde, doch erzählt der Berichterstatter des „New York Herald“, daß man in der Person von Rothschild die Sicherheit habe, daß der englische Anteil an dieser Anleihe für Deutschland befriedigend sein werde.

Man erörterte hauptsächlich die Amortisation der Anleihe, und es wurde erreicht, daß die Anleihe eine Laufzeit von 25 bis 30 Jahren haben solle. Die Amortisationsquote würde ungefähr 8 Prozent betragen. Deutschland wünscht in den ersten zwei oder drei Jahren zu der Amortisation nicht beitragen zu müssen.

mäßig noch immer herrschenden Habsburger rechtswidrig gekrönt werden sollte, als eine „jämmerliche Figur“, deren Schicksal im voraus besiegelt wäre. Wenn die jüngsten Melodramm und Apponyi im Zeichen des einrückenden Karls zutreffen, so ist die aufopfernde Tätigkeit dieser Herren nicht ohne Lohn geblieben.

Im ungarischen innerpolitischen Leben ist der Kampf um Habsburg geradezu zu einem Symbol für die Anstrengung der führenden Aristokraten, aristokratischen und militärischen Schichten um Machtkonservierung geworden. Die traditionellen Streitigkeiten zwischen Katholiken und Calvinisten, zwischen reaktionären Verfassungsformalisten und wirtschaftspolitischen Opportunisten gruppieren sich um diese Kampflösung. Als weitere Folge solcher Zwistigkeiten ist auch die schon einige Male bis an den Rand eines Bürgerkrieges ausgeartete Spaltung im Machtbereich der ungarischen Armee zu betrachten. Seine berüchtigten Militärbataillone, die nun schon das dritte Jahr einander in Willkür überbieten, sind von Anfang an in zwei feindliche Strömungen getrennt. Die Abteilungen Pronay und Gejjas sind die antihabsburgische Leibwache des Reichsverwesers, während Major Ostenburg mit seinen Truppen im Dienste Habsburgs steht. Wenn diese Truppen im westungarischen Bezirk Scheinbar „friedlich“ zusammenwirken, so war der eigentliche Zweck ihres Zusammengehens nicht so sehr eine gegenseitige Unterstützung als eine gegenseitige Kontrolle, bis dann begreiflicherweise das Detachement Pronay und Gejjas das Feld räumen mußte.

Ueberhaupt war es grundfalsch, die Geschehnisse in Westungarn stets nur vom Standpunkt der terroristischen Entscheidung zu betrachten. Im Winkel um Odenburg sollten vielmehr familiäre mitteleuropäischen Gemütsgegensätze, die nun im karlistischen Wenteuer ihren Siedepunkt erreichen, von neuem auferkollt werden. Gewiß verstand es Ungarn dabei meisterhaft, in die kontinentalen Wirrnisse einzuführen, aber in Wirklichkeit ist die Weltpolitik heute weniger denn je durch das zufällige Verhalten irgendeines Kleinstaatcs bedingt. Zur Stunde ist es schon recht klar ersichtlich, daß Ungarn als Mittel zum Zweck dienen sollte, um die Prästereverhältnisse jener im Westen durchaus nicht mit ungetrübtem Wohlgefallen betrachteten Kleinen Entente auszufundstücken, deren

Das neue Kabinett Wirth.

Endgültige Zusammensetzung.

Berlin, 28. Oktober. (Tel.-An.) Heute unmittelbar nach 4 Uhr vor Beginn der Reichstagsitzung stellt sich die Zusammenlegung des neuen Kabinetts Wirth folgendermaßen dar: Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum) Inneres — Dr. Köster (Soz.) Wirtschaft — Schmidt (Soz.) Ernährung — Hermes (Zentrum) Post — Giesberts (Zentrum) Arbeit — Braun (Zentrum) Justiz — Professor Radbruch (Soz.) Vizekanzler und Schatzministerium — Bauer (Soz.) Verkehrsministerium — Gröner. Dr. Hermes ist gleichzeitig mit der Führung des Reichsfinanzministeriums beauftragt worden. Das Wiederaufbauministerium ist noch unbesezt. Das Außenministerium ist dem Gesandten beim Vatikan von Bergen angeboten, doch steht seine Antwort noch aus, so daß augenblicklich Dr. Wirth das Außenministerium zusammen mit der Reichskanzlerschaft verwalten wird. Dr. Rathenau hat endgültig abgelehnt, in das Ministerium einzutreten. Dr. Geßler hat die Erlaubnis seiner Fraktion erhalten, das Reichswehrministerium weiter zu führen.

Die Eröffnung des Reichstages.

Berlin, 28. Oktober. (Tel.-An.) Reichstagspräsident Loebe eröffnete die historische Reichstagsitzung kurz nach 1/5 Uhr und gab in einer ergreifenden Ansprache den Gefühlen Ausdruck, die das deutsche Volk im Augenblick der Teilung Oberschlesiens bewegen. Das Haus war sehr gut besetzt. Die Tribünen waren überfüllt.

Die Ablehnung der Demokraten.

Berlin, 28. Oktober. (Tel.-An.) Die demokratische Partei hat beschlossen, ihre Mitglieder im Interesse der Einheitlichkeit ihrer Politik zu bitten, 3. St. nicht in die Regierung einzutreten.

Ein Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 28. Oktober. (P.A.) In der Donnerstagssitzung der Abgeordnetenversammlung verwarf die Ministerpräsident gegen einige gegen ihn erhobene Vorwürfe und erklärte, er würde an der Washingtoner Konferenz nur teilnehmen, wenn ihm vorher die Mehrheit im Parlament ihr Vertrauen ausgesprochen haben würde. In der Abstimmung sprach das Haus mit 339 gegen 178 Stimmen dem Ministerpräsidenten sein Vertrauen aus.

Die Genfer Arbeitskonferenz.

Genf, 28. Oktober. (P.A.) Hier wurde die Arbeitskonferenz eröffnet. Die Vereinigten Staaten sind nicht vertreten. Deutsche Vertreter dagegen sind anwesend. Fontaine begrüßte als Präsident der Konferenz die Delegationen und sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz ihre Aufgaben lösen wird. Schultze, der Präsident des Schweizer Bundesrates, forderte zur Verständigung und zur Zusammenarbeit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in einem Augenblick auf, wo die vor kurzem besprochenen Konzeptionen auf Widerstand stießen. Er empfahl den Arbeitern, Mäßigung in den Forderungen ihrer Rechte zu wahren. Burnham, der Leiter des „Daily Telegraph“, wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

entschlossene Stellungnahme den Osterputz zu vereiteln vermochte. Inzwischen ist die Machtverteilung eine von Grund aus andere geworden. Die Zeiten des Vertrages von Rapallo, da Italien und Jugoslawien in der Abwehr einer magyarischen Restaurationsgefahr zusammengingen, sind vorüber. Italien ist durch keinerlei Interessenband mehr an die Kleine Entente gekettet. Und von dem Augenblick an, da anstelle des Herrn Benesch der italienische Außenminister Torretta die Rolle eines Vermittlers zwischen Deutsch-Osterreich und Ungarn übernahm, war allem Anschein nach auch der Versuch eines neuen Habsburger Vorstoßes bereits entschieden. Hierfür spricht, daß laut des Benediger Abkommens die Truppen des Majors Ostenburg bis zur Abstimmung unter italienischer Oberaufsicht in Odenburg verbleiben, hierfür auch das Verzicht eines italienisch-ungarischen Sondervertrags gegen Jugoslawien.

Freilich kann auch das von Haus aus habsburgfeindliche Italien, sofern es sich um die Billigung ungarischer Restaurationsgelüste handelt, nur einen vorgeschobenen Posten darstellen. Der ganze Verlauf der Dinge macht wahrscheinlich, daß hinter Kaiser Karl gewaltige Strömungen von Seiten der westlichen Siegermächte standen, die mit dem Plan einer neuerlichen österreichisch-ungarischen Personalunion gegen die reichsdeutsche Einheit loszogen, die den Schweizer Auenthalt Karls trotz des intuitiven Sträubens der Eidgenossenschaft ermöglicht und der Durchführung der zweimaligen Reise nach Ungarn Vorschub geleistet haben.

Karls vorläufiger Aufenthaltsort.

Odenpeß, 28. Oktober. (P.A.) König Karl und die Königin Zita wurden nach Lissabon, in das dortige Benediktinerkloster, übergeführt.

Die verfehlte Ungarnpolitik Beneschs.

Paris, 28. Oktober. (P.A.) Benesch erklärte einem Korrespondenten des „Matin“, daß trotz der schnellen Erledigung der Angelegenheit Karls die tschechoslowakische Regierung die Mobilisierung fortsetzen wird. Die ungarische Regierung will, wie es scheint, lokal bleiben, man müsse jedoch von ihr nicht nur teilweise, sondern ganze Beweise fordern.

Senator Reinken, der im Namen des deutschen parlamentarischen Verbandes sprach, erklärte, daß die Mobilisierung ein gefährliches politisches Experiment sei. Der deutsche Parlamentarismus spricht sich gegen jeden Einspruch in Ungarn und gegen jedes Eingreifen in die Innenangelegenheiten.

heiten Ungarns aus. Die angeordnete Mobilisierung kann man nur als ein Zeichen von Schwäche ansehen. Der Senator Gasser, deutscher Sozialdemokrat, fordert die endgültige Unabhängigmachung Karls, stellte jedoch fest, daß die Politik Beneš eine Niederlage erlitten habe. Die Erledigung der Sabotagefrage in Ungarn kann man nur auf dem friedlichen Weg erzielen. Die Sabotagefrage darf man nicht wie im Jahre 1914 künstlich aufbauen und keine kriegerische Atmosphäre schaffen. Am Schluß sprach der Vertreter der slowakischen Kommunisten, der der Regierung Beneš ein Mißtrauensvotum aussprach.

Die Karlisten und Tirol.

Im Zusammenhang mit dem jüngsten Abenteuer des früheren Kaisers Karl kam es in den letzten Tagen in der Tiroler Presse zu lebhaften Erörterungen über die Aussichten der Legitimisten in Tirol. Die Lage ist folgende: Die Arbeiterbewegung, d. h. die Truppen der organisierten Arbeiterschaft, wurden noch am Sonnabend zu ihren Sammelplätzen berufen und von der Partei aufgefordert, am darauffolgenden Sonntag bereit zu sein. Die Tiroler Nationalräte lehnten eilends aus Wien zurück, um in der Heimat zu sein, wenn es dort Zwischenfälle geben sollte. Man erwartete solche für Sonnabend oder Sonntag. Doch blieb alles ruhig. Immerhin war aber der Eindruck der Nachrichten in Innsbruck deutlich zu erkennen. Insbesondere fiel es auf, daß die Straßen der Stadt entgegen aller Herkömmlichkeit an Feiertagen völlig menschenleer und gemieden waren.

Im Landhause versammelten sich abends die Obmänner der Parteien des Landtages, um über die Vorgehensweisen zu beraten, die angesichts dieser politischen Ereignisse zu treffen sind. Dies geschah denn auch sofort und mit einer Gründlichkeit, die an militärische Disziplin gemahnte. Für die Karlisten besteht in Innsbruck nicht die geringste Aussicht auf Erfolg; der günstigste Augenblick wurde verpaßt; ihre Organisation auf dem Lande aber ist so mangelhaft und unzuverlässig, daß auf Schützenhilfe niemals zu rechnen ist.

Ein Aufbruch der Karlisten in Tirol hat keine Aussicht auf Erfolg mehr.

Durch die Ereignisse in Ungarn wurde in Tirol die wichtigste aller politischen Fragen abermals in den Vordergrund gerückt: der Anschluß an Deutschland. Die Monarchisten warten auf die Entwicklung der Dinge in Ungarn und deren Auswirkung auf Wien.

Die veränderte politische Lage beruht vorerst den Zusammenhang aller republikanisch und antihabsburgisch gesinnten Kräfte; von deren Verhalten hängt ja auch Beeinflussung und Überwachung jener Elemente ab, die als schwachmütig und unzuverlässig gelten; es gibt solche. Es kam also unter dem Eindruck der letzten Ereignisse zu einer bedeutsamen Annäherung zwischen jenen bürgerlichen Parteien und Kreisen, die auf republikanischer Grundlage bestehen wollen, und den Sozialdemokraten, den erklärten Gegnern der monarchistischen Staatsform; dazu kommt noch die Organisation der Bauernschaft Schaffs. Für die Wiederaufrichtung der Monarchie besteht in Tirol also wenig Aussicht.

Der Unterausschuß für das Notopfer.

Warschau, 28. Oktober. (P.M.) In der Montagssitzung der Sejmanschaß wurde ein Unterausschuß für die kassische Abgabe gebildet. Vorsitzender ist der Abgeordnete Dr. Diamand, dessen Vertreter Herr Sokolowski. Der Redner Wierszicki schlug die Einladung des Herrn W. Grabski zur Teilnahme an den Beratungen als Sachverständiger vor. Hiermit erklärte sich der Unterausschuß einverstanden. Abgeordneter Grabski schlägt ein zweifaches System vor. Das erste betrifft die vom Kriege vernichteten Gebiete nach dem Maße des erlittenen Schadens. Allgemeines Maß für diese Feststellung soll die Zahl der Infanterien bilden. Über den Prozentsatz des Schadens besitzt die Regierung genaue Statistiken. Im Verhältnis zum Schaden soll eine Ermäßigung des Abgabens multiplikators erfolgen. In 6 Stappentritten des ehemaligen Kongreßpolens, wo der Schaden am größten ist, beträgt der Schaden 2 1/2 v. H. der gesamten Abgabe der Landwirte, in den übrigen Kreisen Kongreßpolens endlich bildet der Schaden 5 1/2 v. H. der gesamten Jahresabgabe. Dieses Erleichterungssystem würde die Abgabe um 8 v. H. verringern. Das zweite System besteht aus einer Prolongierung und einer milderen Erleichterung. Die Selbstverwaltungsorgane würden die Pflicht haben, ein Verzeichnis der Personen zu liefern, denen Erleichterungen zuzuführen.

Erleichterungen wären zuerufen: a) kleinen Landwirten von 24 bzw. 6 Morgen, nach der Ergebligkeit der Scholle; hierbei würden Personen, die sich neben der Landwirtschaft mit irgend einer Industrie beschäftigen, von den Erleichterungen ausgeschlossen sein. b) Personen, die individuell am meisten geschädigt sind. c) Personen, die im letzten Jahre eine Lebensmittelpreis durchgemacht haben. Für die zweite Gruppe der Erleichterungen sind 5—6 v. H. der gesamten Jahresabgabe notwendig. Weil als Austausch für den von der Regierung vorgeschlagenen Nachschuß von 30 v. H. nur ein Nachschuß von 15 v. H. gebraucht würde, so ließe sich der Multiplikator von 300 auf 250 ermäßigen, ohne daß der von der Regierung erwartete Erfolg der Abgabe geringer wird. Der Vizeminister Markowski

nahm das erste System an. Aber das zweite, das auf Vermögensverhältnisse stütz, sollen Versuche zur Überbrückung der Gegensätze gemacht werden. Dr. Diamand kündigte an, daß dem Unterausschuß ein Antrag über die Besteuerung von Bargeld nach dem Entwurf vorgelegt werde, der in der Umfrage beim Finanzminister vorgelegen ist.

Republik Polen.

† Preisabbau. Am Mittwoch zeigten sich in vielen Läden Warschau, hauptsächlich in Schuhmachergeschäften, Preisstafeln, die besagten, daß die Preise um 10 Prozent ermäßigt worden sind.

† Der polnische Gesandte bei Briand. Briand empfing Mittwoch den polnischen Gesandten Ramowski, der die Annahme der Entscheidung der Verbandsstaaten der oberösterreichischen Angelegenheit bestätigte und aus diesem Anlaß im Namen seiner Regierung Frankreich für die wohlwollende Unterstützung der polnischen Interessen dankte.

† Kohlenpreise (Warschau, 27. Oktober): Die Tonne oberösterreichischer Kohle kostet jetzt 450—500 deutsche Mark oder nach dem heutigen Kurs 11 250—12 500 polnische Mark, die Tonne Kohle aus dem Dabrowaer Gebiet 13 500 M., kleinpolnische Kohle 16 000 oder 225—237 M. Wenn jedoch der Kurs der deutschen Mark im Verhältnis zur polnischen Mark weiter sinkt, so wird sich der Preis der oberösterreichischen Kohle in diesem Verhältnis verringern.

Deutsches Reich.

† Preussische Hauptlandwirtschaftskammer. Am Donnerstag, dem 20. Oktober, und Freitag, dem 21. Oktober, fand im Sitzungssaal des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die erste Hauptversammlung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer statt: ein hochbedeutendes Ereignis in der Geschichte der preussischen Landwirtschaft. Staatsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer-Meser wies einleitend auf das etwas gewaltsame Ende des Preussischen Landesökonomiekollegiums nach seiner fast achtzigjährigen fruchtbaren Tätigkeit hin. Insbesondere des letzten Vorsitzenden, des Grafen v. Schwerin-Löwis, gedenkend, führte er weiter aus, wie es durch das Entgegenkommen des Landwirtschaftsministeriums gelungen sei, die Aufgaben des Kollegiums auf die Hauptlandwirtschaftskammer zu übertragen. Ein Erfolg ihrer Arbeiten könne aber nur aus engstem Einvernehmen mit den sonstigen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen, sodann vor allem auch mit der landwirtschaftlichen Verwaltung erwachsen.

† Der bayerische Finanzminister gegen die Panikstimmung. Da die Furcht vor einem Staatsbankrott seit längerer Zeit weite Kreise der Bevölkerung beherrscht, hat der bayerische Finanzminister Dr. Krausened in seiner Hausrede im bayerischen Landtage Anlaß genommen, auf diese Frage einzugehen. Er erklärte, wenn nicht strenge Sparmaßnahmen eintreten, dann würden die Stützen des ganzen Staatswesens ins Schwanken geraten, wenn man aber Selbstzucht übe, dann bestände hinsichtlich der Finanzlage des bayerischen Staates kein begründeter Anlaß zur Panikstimmung. Die bayerische Schuldenlast stehe gegenüber der Entschädigungsforderung an das Reich aus dem Übergang der Eisenbahnen und Post in fast gleicher Höhe. Im übrigen sind in den sorgfältig gepflegten Staatsbetrieben, in den Berg- und Hüttenwerken, in den staatlichen Wäldern und in den sonstigen ausgedehnten Staatsbesitz so große Werte verpackt, daß der Staatskredit als durchaus gesund und tragfähig bezeichnet werden kann.

Die Ansiedler.

Nach der Ansiedlerversammlung in Bromberg (vergl. „Pol. Tagebl.“ Nr. 208) begab sich eine Abordnung von vier Ansiedlern mit dem Abg. Hasbach nach Warschau, um dem Ministerpräsidenten die Wünsche der in ihrer Existenz bedrohten deutschen Ansiedler vorzulegen. Sie überbrachten ihm eine Eingabe folgenden Wortlauts:

„In den letzten Tagen haben viele Hunderte von Ansiedlern, darunter eine große Anzahl polnischer Staatsangehöriger, die Unterstützung bekommen ihre Wirtschaft teils bis zum 1. November teils bis zum 1. Dezember d. J., also mitten im Winter zu räumen und sich binnen 14 Tagen darüber zu erklären, ob sie dem Räumungsverlangen nachkommen wollen. Vornehmendeballs wurde ihnen mit der Androhung der Räumungsforderung gedroht. Wir erblicken in diesem Vorgehen die denkbar schwerste Verletzung der uns in der Verfassung zugesicherten staatsbürgerlichen Rechte sowie des im Minoritäten-schutzvertrage verankerten Schutzes der deutschstämmigen Winderben. Auch gegenüber unserer Stammesangehörigen, die deutsche Reichsangehörige geblieben sind, stellt das Vorgehen einen rechtlich nicht zu haltenden Gewaltakt dar.“

Nach dem Friedensvertrage wäre der polnische Staat zwar berechtigt (aber nicht verpflichtet) das Eigentum der deutschen Staats-

bürger zu liquidieren. Diese Liquidation ist in Bezug auf ihre Ausführung und Form durch den Friedensvertrag festgelegt und unter internationalen Schutz gestellt. Die Verdrängung der Ansiedler lediglich auf Grund des Geistes vom 14. Juli 1920 wie sie der Okregowy Urząd Ziemiński beabsichtigt, wäre dem durch den Friedensvertrag geschaffenen Grundrissen widersprechend.

Es handelt sich im vorliegenden Falle um etwa 3000 Familien, die von der genannten Verdrängung betroffen werden. Als ermächtigte Vertreter dieser schwer bedrohten Existenzen, im Vertrauen auf das Gerechtigkeitsgefühl unserer neuen Regierung, bitten wir Sie, Herr Ministerpräsident, die sofortige Aufhebung der Verordnungen des Okregowy Urząd Ziemiński zu veranlassen.“

Der Ministerpräsident sagte den Ansiedlern wohlwollende Prüfung ihrer Angelegenheit zu und veranlaßte schon am nächsten Tage eine besondere Besprechung der interessierten Minister über die Ansiedlerfrage. Das endgültige Ergebnis soll den Ansiedlern Ende dieser Woche mitgeteilt werden doch steht, wie wir erfahren, als vorläufiges Ergebnis erfreulicherweise schon fest, daß die Räumungsverordnung unter keinen Umständen Anwendung finden wird auf die Ansiedler, die polnische Staatsangehörige sind. Auch ist jetzt mit Sicherheit anzunehmen, daß die zuerst gestellte kurze Frist (bis 1. Dezember) nicht eingehalten werden wird.

Eine Nichtigstellung.

Im Zusammenhang mit der Bromberger Ansiedlerberatung geht uns folgendes Schreiben des Geschäftsführers des Deutsch-tumsbundes für den Nebezug, Herrn Studienrat Seyheld, an: „Der Vorsitzende des Ansiedlerbundes in Nordpreußen, Herr Hohmeier, hat am 24. d. Mts. in einer Besprechung, an der eine größere Anzahl von Ansiedlern teilnahm, erklärt, ich hätte bei der Vertreterschaft des Deutsch-tumsbundes Nordpreußen am 5. September in Dirschau geäußert, den Ansiedlern würde es nicht schlecht gehen, wenn sie nach Deutschland abwanderten, denn sie könnten dort ohne Schwierigkeit Unterkommen als Landarbeiter finden. Es ist mir unverständlich, wie Herr Hohmeier, mit dem ich auf der Dirschauer Versammlung lebhaft Debatten geführt habe, zu einer solchen Behauptung kommen kann. Ich habe ihm mit allem Nachdruck zu beweisen gesucht, daß seine Ansicht, man müsse den Ansiedlern unter den jetzigen Verhältnissen raten, daß sie verlaufen und nach Deutschland abwanderten, der ungünstigste Rat sei, der gegeben werden könne, da der Ansiedler aus dem Erlös des Verkaufs und unter Berücksichtigung, daß er 60 % seines Vorvermögens hier hinterlegen müsse, in den meisten Fällen in Deutschland überhaupt keine eigene Wirtschaft mehr erwerben könne, da die Grundstückspreise dort zu einer mehrwöchigen Höhe emporgekliegen seien, wenn man überhaupt Gelegenheit habe, ein Grundstück zu erwerben. Als Herr Hohmeier in der weiteren Debatte äußerte, man werde in Deutschland schon irgendwie ein Unterkommen finden, da habe ich geäußert, das könnte allerdings stimmen, denn wenn auch der nach Deutschland auswandernde Arbeiter wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit nicht unterkommen könne, so könne der Ansiedler, dem dies gut genug sei, als Landarbeiter Beschäftigung finden. Ich habe Herrn Hohmeier dann gesagt, wenn jemand mit einem derartigen Unterkommen zufrieden sei, dann könne er allerdings abwandern. Ich bezweifelte nur, daß jemand den Mut haben würde, einen derartigen Rat zu geben. Aus diesen Darlegungen geht ganz einwandfrei hervor, daß meine ganze Darlegung genau das Gegenteil von dem enthielt, was Herr Hohmeier behauptete, wie es auch für jeden, der meine Ansicht kennt, ganz klar ist, daß ich niemals in der von Herrn Hohmeier angegebenen Weise geäußert haben kann. Es wäre mir nur lieb gewesen, wenn Herr Hohmeier mich sofort in Dirschau auf diese mißverständliche Auffassung aufmerksam gemacht hätte, dann hätte es dieser Nichtigstellung gar nicht erst bedurft. Seyheld.“

Sokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. Oktober.

Die wieder aufgehobene Schließung des evangelischen Predigerseminars in Posen.

Ende voriger Woche verbreitete sich in der Stadt die unglaublich klingende Nachricht von der behördlichen Schließung des hierigen evangelischen Predigerseminars. Die Nachricht rief große Beunruhigung hervor, weil man darin ein Signal zu einem der evangelischen Kirche vom Staat auferlegten Kulturkampf sah. Zur Verhütung der öffentlichen Meinung mag folgende sachliche Darstellung der Vorgänge dienen:

Nachdem das Konsistorium dem hiesigen Ministerium die Eröffnung des Seminars unter genauer Angabe seines Zweckes angezeigt und auch die Staatsbehörde zur Einweihungsfeier eingeladen hatte, verfügte der hiesige Wojewode unter dem Datum des 18. d. Mts. im Auftrage des Ministeriums die Schließung des

„Sein Sarg soll in zwei Tagen zur Bahn gebracht werden. Am Rhein irgendwo ist der Begräbnisplatz seiner Familie.“

Leise strich Lies über das Cello, das noch am Flügel lehnte. Wie hatte er gestern doch noch darauf gespielt?

„Es wird gar kurze Zeit nur sein.“

Ganz besonders schwer wurde Lies diesmal der Abschied von ihrer Schwester. Sie hatte sie noch so viel zu fragen, mit ihr bereden mögen. Aber Ellen war so ernst und abweisend, hatte sich so ganz in ihr Inneres zurückgezogen und ließ niemand hineinschauen. Lies ahnte nicht, was in der Seele ihrer Schwester vorging. Sie drang auch nicht weiter in die andere. Wenn Ellen Bedürfnis nach Aussprache hätte, würde sie schon von selber kommen. Mit doppelter Liebe und Zärtlichkeit umgab sie ihr Schwesterchen, nun die Trennung so dicht bevorstand.

Es war ein kühler, regnerischer Tag, als sie dann mit Ellen zur Bahn fuhr. Knut hatte sie nicht begleiten können. Er wollte dem jungen Römer die letzte Ehre erweisen, den man heute zu seiner letzten Fahrt an die Bahn brachte. Hand in Hand saßen die Schwestern in der geschlossenen Droschke. Durch die Straßen Königsbergs pflügte ein kalter häßlicher Wind. Da, an einer Straßenbiegung stockte der Verkehr. Vier schwarzbehängte Pferde zogen den blumengeschmückten Sarg Römers. Auf und ab, in gleichem Schritt, wippten die Helme des nachfolgenden Offizierskorps. Sie mußten halten, bis der Zug vorüber war. Regungslos saßen die beiden Frauen. Lies liefen die großen Tränen über die Wangen. Ellen rührte sich nicht.

Da fiel ihr Blick auf ihren Geigenkasten, der auf dem Rücksitz stand.

Hell und klar klang es in ihr Ohr, was er vor drei Tagen gesprochen:

„Man merkt Ihrem Spiel an, daß Ihnen noch gewaltige, innere Erlebnisse fehlen.“

Langsam bog der Trauerzug jetzt in die Bahnhofstraße ein.

(Fortsetzung folgt.)

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leonine von Winterfeld.

(40. Fortsetzung.) (Nachdruck unterliegt.)

Da knisterte das Papier, das sie noch immer in ihrer Hand hielt.

Sie sah darauf nieder, schwer und lange. Ihr Herz hämmerte zum Zerbrechen. Dann setzte es wieder aus, — sekundenlang.

Plötzlich sprang sie auf. Die Zähne fest zusammengepreßt, — die Hand zur Faust geballt.

Aus der Tür schlich sie sich, — leise, — leise wie ein Dieb.

O, jetzt nur keinem begegnen, — von keinem gefragt werden. O Gott, — nein! Das würde sie nicht aushalten können! Niemand etwas sagen, — niemand, — selbst Lies nicht, — denn was jetzt vorging in ihrer Seele war ihr Eigenstes, ihr Heiligstes, — das konnte sie nicht teilen mit einem anderen, — das war so, daß jede Berührung von außen, jede Frage, jeder mitleidige Blick Qual gewesen wäre.

Je weiter sie ging, — die larmende Straße entlang, — desto sicherer ging sie, — desto fester, — stolzer. Denn sie wußte, sie mußte stark sein jetzt. Sie sollte ja einem Sonne bringen, — einem, — der mit dem Tode rang.

Niemand war bei ihm gewesen als Ernst. Der hatte sie groß angesehen, als sie in die Tür trat. Dann war er still hinausgegangen.

Römer hatte sie noch erkannt. Ein glückliches Lächeln ging über sein Gesicht, das schon die wächserne Todesblässe überzog. Bis zuletzt kniete sie an seinem Bett und hielt seine Hand.

Dann, — als die Sonne unterging, — schlief er ein, — für immer.

Seine Kameraden waren noch gekommen, ihn zu sehen. Ernst stand vor der Tür und hielt Wache, — niemand durfte hinein. Dann — als alles zu Ende, — führte er Ellen

hinaus. Er wollte sie nach Hause bringen, aber sie schüttelte den Kopf, — da ließ er sie gehen.

Unten im Hausflur kam ihr Knut entgegen. Als er Ellen sah, flog ein Erschrecken über sein Gesicht, — ein tiefes Erschauern.

Sie sah ihn an in großer, großer Angst, er möchte etwas sagen, — etwas, das sie in dieser Stunde nicht ertragen könnte.

Sie riß sich zusammen.

„Knut — willst Du — eine Strecke — mit mir kommen? Ich habe Dir etwas zu sagen.“

Langsam ging er neben ihr her durch die dämmerige Straße.

Jetzt blieb sie stehen und lehnte sich an eine Hauswand.

„Knut, — was Du heute erfahren hast, ist nur für Dich. Als mein Heiligstes lege ich es in Deine Hände. Sprich mit niemand darüber, — selbst nicht mit Lies. Sie würde fragen, und das ertrüge ich nicht. Sage es auch Ernst. Ihr werdet beide schweigen, — ich weiß es. Nun rufe mir bitte eine Droschke. Ich kann nicht mehr.“

Er half ihr in den Wagen, — sorglich, — tiefbewegt. Dann drückte er ihre Hand.

„Du kannst Dich auf mich verlassen, Ellen. Armes, armes Kind.“

Dann ließ er sie allein nach Hause fahren und ging zurück zu dem Toten.

Keiner von ihnen hatte Gisela gesehen, die im dunklen Abendmantel auf der andern Seite der Straße stand. — Denselben Abend sagte Lies zu Knut, als sie beide allein waren:

„Sonderbar, wie gesagt Ellen ist. Ich hatte gedacht, ihr wäre die Sache mit Römer tiefer gegangen.“

Knut sah an ihr vorbei aus dem Fenster.

„Wir irren uns oft in der Beurteilung anderer. Will Ellen übrigens doch übermorgen fahren?“

„Ja leider, übermorgen mittag; sie hat an ihrem Reiseplan nichts geändert.“

Lies wuschte sich die Augen.

„Wann ist Römers Beisetzung?“

Komenda Okregu XI
Policji Państwowej w Poznaniu.
L. dz. 6257-21 IV.

50000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Mörders.

In der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. ist auf der von Poznań nach Karamowice führenden Chaussee der am 2.7.1897 zu Friedrichsdorf bei Schubin geborene Droschkenfutcher Jakob Malecki auf menschenmörderische Art durch einen Revolvererschuss ermordet worden. Malecki führte die Droschke Nr. 57.

Wer irgendwelche Angaben, die zur Entdeckung des Mörders führen können, melde sich bei der Staatspolizei für die Stadt Poznań, Zimmer Nr. 8.

Für die Ergreifung des Mörders bzw. für Angaben, die zur Entdeckung desselben führen, hat die Komenda Okregu XI P. P. eine Belohnung in Höhe von

50000 Mark

ausgesetzt.
Poznań, den 27. Oktober 1921.

Dr. Włodek, Dr. Śliwiński,
Naczelnik Urzędu Komendant Okregu
pol. śledczego. XI P. P.

Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen werden hiermit zu Montag, d. 7. November 1921, mittags 1 Uhr im großen Saale des Evang. Vereins-hauses zu Poznań, ul. Wjazdowa Nr. 8, eingeladen.

außerordentlichen Hauptversammlung

eingeladen. Um möglichst vollständiges Erscheinen wird gebeten.

- Tagesordnung:
1. Der Schiedspruch vom 6. Oktober 1921.
2. Die neuen Tarifverhandlungen für 1921/22.
3. Verschiedenes.

Arbeitgeberverband
f. die deutsche Landwirtschaft in Großpolen.
Der Vorsitzende,
F. v. von Bogen.

Frauenarzt Dr. G. Arndt

(früher Poznań)
Pondsberg (Warthe), Meydamsstr. 42, Tel. 526

Frauenklinik und Entbindungsanstalt
Sprechstunden 10-12, 4-5 Uhr. [3638]

Für zahlungsfähige Käufer suche ich sofort noch einige möglichst guter Boden u. gute Gebäude, außerdem 2 große Güter, möglichst mit Wald.

Viele Empfehlungen u. Anerkennungen kann ich von allen, die bis jetzt durch mich verkauften, beibringen. Solorrige Zustellung der Aufstellung mit genauer Angabe d. Preises erb. Auftr. u. Vermessungs-Büro Oskar Schmidt, technisches Bureau Poznań, ulica Jasna 5.

Gut Druckmaschine, Schreibmaschine u. Stereotype

mindestens 60x80 cm, wie auch eine zu kaufen gesucht. Offerten unter "Maschine" an "Lodger Volksstimme", Lódz, zu richten.

Zu kaufen gesucht: Gebraucht oder neu

- 1 Chaping oder Hobelmaschine, 500 mm Hub,
 - 1 Autenstoßmaschine, 25 mm Nuten in Stahl,
 - 1 Bohrmaschine bis 30 mm Bohrung,
 - 1 Kalkhage, 15-20 Zoll Sägenblatt.
- Offerten mit Preisangabe erbitten [3584]

Centrala Plugów T. z
Poznań, ul. Piotra Wawrzyniaka 29-30, Tel. 4152.

Gzimmer, Herren- und Schlafzimmer

billig zu verkaufen. [3631]
Zischlerei A. Grzybowski,
Skryta 13 an der ul. Matejki. — Elektr. 6 und 7.

Oberschles. Grob- und Steinkohlen

(auch Schmiedekohlen)
offeriert zum waggonweisen Bezuge
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe - Poznań
Kaluźny i Werner
Poznań, Wały Zygmunt 3. Telefon 1296 und 3871.
Telegramm-Adresse: Werner Kohlenvertrieb.

Dental - Depot Josef Leblowicz

Krakau, Rynek 11,
empfehlte frisch eingetroffene [3630]
Wisko-Wienand Mk. 60.—
Palladium-Wienand 100.—
Gibraltar-De Trey 125.—
Ash-Katschuk-Red Kg. 10 000.—
Harvard gross 900.—
Jenkins gross 1000.—
Watterollen pr. 1000 750.—
sowie sämtliche Artikel zu bedeut. herabgesetzten Preisen.

Für jede Erlen-Birken- Menge Bappelrundholz

bin ich jederzeit Abnehmer u. bitte um Offerte.
Przenysł drzewny, Edward A. Lehmann, Osirów
(Pozn.). [3204]

Gefunde Stubben- wie Anüppel

offeriert billig zum waggonweisen Bezuge
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe-
Poznań — Kaluźny i Werner
Poznań, Wały Zygmunt Augusta Nr. 3, Tel. 1296
u. 3871. — Telegr.-Adr.: Werner Kohlenvertrieb.

Ca. 100 fm. Kiefernholz

gegen Höchstgebot abzugeben. Herbert Schendei, Solo-
lowo, pow. Gdziej. [3629]

250 Stück große Kanzlei-Büro-Tische

Platte: 160 x 80, dunkel mit 5 Schubladen versehen
äußerst preiswert sofort zu verkaufen. [3632]
Fr. Schmeling, Gniezno.

700 Stck. Hammellämmer zu verkaufen.

Herrschaft Kleusla, Kreis Jarocin.

Wer bei Chiffre-Anzeigen

innerhalb Polens seine eingereichte
Offerte sofort weiter be-
sfordert haben will, den ersuchen
wir, Nr. 10. — für Porto dem
Befehl gleichzeitig beizufügen //

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag
10: Gd. Greulich. — 11¼:
Rindberg. Derf. — Mont-
tag, 10: Gd. Baarmann.
Lutherkirche. Sonntag,
10: Gd. Baarmann.
St. Paulskirche. Son-
tag, 10: Gd. Staemmler.
11¼: Wahlen zu den kirchl.
Räparaturen. — Montag,
10: Reformationsfestgottesd.
Staemmler. — 11¼: B. u.
A. Derf. — Mittwoch,
6: Bibelfest. Staemmler. —
Mittwoch: Stuhlmann.
St. Petrikirche. (Evangel.
Unitätsgemeinde.) Son-
abend, 6: Wochenschlußg.
Schneider. — Sonntag,
10: Gd. u. Abm. Derf.
12: Kd. Derf. — Mon-
tag (Ref.-Fest) 10: Gd.
D. Blau. — Mittwoch:
Schneider.
Ev.-luth. Kirche, Ulica
Ogrodowa 6 (früher Garten-
kirche). Sonntag, 10¼:
Gottesd. — Montag (Ref.-
Fest) 10: Beichte. Junger-
mann. 10¼: Pred. u. hl.
Abm. Derf.
St. Lukas-Kirche. Son-
tag, 10: Pred. Bächner.
12: Kd. Derf. — Mon-
tag, 10: Reformationsfest.
Bächner. — Mittwoch, 6:
Bibelfest. Bächner.
Christuskirche. Son-
tag, 10: Gd. Stuhlmann.
11¼: Rindberg. Derf. —
Montag, 10: Reformations-
gottesd. Rhode. — Mit-
woch, 4¼: Teaband des
Vereins „Freundinnen junger
Mädchen“ im Ev. Vereinshaus.
8: Jungfrauenverein im Ge-
meindehaus. — Freitag,
6: Bibelfest. Rhode.
St. Matthäi-Kirche. Son-
tag, 9: B. u. Abm. Zife.
10: Gd. Derf. 11¼: Erg.
Wahl zu den kirchl. Gemb.
Organen. — Montag, 10:
Reform.-Gd. Brummad. —
Freitag, 4: Sitzung der
Frauenhilfe. — 6: Bibelfest.
Zife.
Kapelle der Diakonissen-
anstalt. Sonntag, 10:
Gd. D. Blau.
Christl. Verband junger
Mädchen. Sonntag,
4: Ver. im Diakonissenhaus.
Ev. Verein junger Männer.
Sonntag, 7: Feier des
Ref.-Festes. Angehörige und
Freunde willkommen. —
Montag, 7¼: Wasen. —
Mittwoch, 8: Bibelfest.
Donnerstag, 7¼: Wasen.
— Sonnabend, 7¼: W.
Sahl. — 8: Polnisch.
Sapientium. Sonntag,
10¼: Gottesd., danach B. u.
Abm. 12: Wahl der kirchl.
Räparat. 12¼: Sitzung.

Ankäufer u. Verkäufer

Metalle: 3528
Kupfer, Zink,
Blei, Messing,
Zinn usw. zahl-
reiche Preise
Kramer, ulica Gran-
waldzka 33.

Kaufe stets zu den
höchsten Prei-
sen sämtliche
gefr. Garderobe, Wäsche,
Schuhe, Bücher usw.
Komme auch n. außerhalb.
W. Schmidt,
ulica Zamkowa 4,
am Stary Rynek.

Gashocher, gebrocht zu
Preisoff. u. 3827 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erb.

Zum Export

suche ich größere Quanten
besäunter Kiefern

Bohlen

in verschiedenen günstigen
Abmessungen, auch alle Men-
gen Schnitware wie

Rundholz

und erbitte umgehende Offe-
ren, da ich mit günstigen Be-
dingungen dienen kann.

E. Schoen, Nachfolger.
Poznań,
Starbowa 3. Tel. 3700.

Filiale in Berlin.

Wohnungen

Welche Frau würde einem
heft. Handw., allm. möbl.
Zimmer od. Schlafst. v. 1 11.
od. 1. 15. abg. ? Off. u. 3828
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wer vermietet einem in an-
gelehener Position befindl.
jungen Herrn 5. qm. Gegenl.
1-2 möblierte Zimmer?
Ang. u. 3835 a. d. Geschäftsst.
d. Bl. erbeten.

Stellenangebote

Wir suchen zum sofortigen
Antritt [3556]
1 Böttchergefellen.
Wohnung vorhanden.
Hermann Hein Söhne,
Legow.

Suche für kinderlos. Hau-
halt (2 Pers.) so sof. od. 15.
Nov. eine in allen Zweigen
eines Handbaufach. erf. ein-
fache, ältere W. i. n. Ang. m.
Zeugnisausz. u. Gehaltsanpr.
an Frau Dörfler, ul. Polajewo, pom.
Obornik. [3616]

Stellenangebote

Wir suchen zum sofortigen
Antritt [3556]
1 Böttchergefellen.
Wohnung vorhanden.
Hermann Hein Söhne,
Legow.

Suche für kinderlos. Hau-
halt (2 Pers.) so sof. od. 15.
Nov. eine in allen Zweigen
eines Handbaufach. erf. ein-
fache, ältere W. i. n. Ang. m.
Zeugnisausz. u. Gehaltsanpr.
an Frau Dörfler, ul. Polajewo, pom.
Obornik. [3616]

Stellenangebote

Wir suchen zum sofortigen
Antritt [3556]
1 Böttchergefellen.
Wohnung vorhanden.
Hermann Hein Söhne,
Legow.

Suche für kinderlos. Hau-
halt (2 Pers.) so sof. od. 15.
Nov. eine in allen Zweigen
eines Handbaufach. erf. ein-
fache, ältere W. i. n. Ang. m.
Zeugnisausz. u. Gehaltsanpr.
an Frau Dörfler, ul. Polajewo, pom.
Obornik. [3616]

Suche für kinderlos. Hau-
halt (2 Pers.) so sof. od. 15.
Nov. eine in allen Zweigen
eines Handbaufach. erf. ein-
fache, ältere W. i. n. Ang. m.
Zeugnisausz. u. Gehaltsanpr.
an Frau Dörfler, ul. Polajewo, pom.
Obornik. [3616]

Spielplan des „TEATR WIELKI“

m. Poznań
Freitag, den 24. 10. um 7¼ Uhr: „Tosca“, Oper
von G. Puccini. 25 % Preisermäßigung.
Sonabend, den 29. 10. um 7¼ Uhr: „Tiefland“, Oper
von d'Alberto.
Sonntag, den 30. 10. nachmittags: „La Traviata“,
Oper von G. Verdi. 50 % Preisermäßigung.
Sonntag, den 30. 10. um 8 Uhr: Großes Symphon.
Konzert.

Montag, d. 31. Oktober, abds. 8 Uhr
im grossen Saale des Evang.
Vereinshauses:

Liederabend von Frau Toop-Stellin

unter Mitwirkung von
Prof. Bergmann-Bromberg.
Lieder von Schubert, Hugo Wolf,
Richard Strauss, Etüden von Chopin.
Eintrittskarten zu 200 u. 100 Mk. im Vorver-
kauf in der Evang. Vereinsbuchhandlung.

Unsere Annoncen-Expedition

nimmt alle für auswärtige Zeitungen und Zeit-
schriften bestimmten Anzeigen entgegen
und vermittelt diese ohne Kosten-
aufschlag zu Originalpreisen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T.A.
POZNAŃ, ulica Zwierzyniecka 6.

„Union“.

Der am Sonnabend, d.
29. 10. festgesetzte Clubabend
findet statt. Der Vorstand.

Gegen Tausch in Deutsch-
land ist ein

Grundstück

mit ca. 125 Morg. Land und
Wiese, guten Gebäuden voll.
Anwesen. ein

Gasthof mit Saal

und ca. 19 Morgen Land und
Wiese zu verkaufen. Off.
u. M. B. 3608 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Jagdgrund

entlaufen, in der Nähe von
Birnbaum grau mit braunen
Flecken (Pluto). Wiederbrin-
ger erhält 2000 Mark.

Deutschtumsbund

erbittet und vermittelt Arbeitsaufträge für in der
Gegens. geschwächte Handwerker der Stadt und
Provinz. Aufträge nimmt entgegen die

Chefredakteur

für große deutsche Tageszeitung in Polen gesucht.
Verlangt werden selbständige Redakteur sowie Kenntnis der
polnischen und Wirtschaftsverhältnisse Polens bzw. Fähig-
keit zur schnellen Aneignung dieser Kenntnis. Da die
Zeitung die deutschen Interessen ohne einseitigen
Parteilichstandpunkt vertritt, so ist die parteipolitische
Richtung des Bewerber's nebensächlich, jedoch wird zuver-
lässige deutsche Gesinnung vorausgesetzt. Heimats-
berechtigung in Polen notwendig. Polnische Sprach-
kenntnis erwünscht, aber nicht Bedingung. Bewerb. mit
Stilproben, Referenzen, evtl. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanpr.
unter J. J. 6438 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Gärtnergehilfen

(kann auch Ausgelernter sein). Gest. Off. mit Gehaltsang. bei
freier Station sind zu richten an G. Menzel, Obergärtner.

Brennerei Bucz Brenner.

Spätere Verheiratung möglich. [3608]

Zuverlässige Zeitungsaussträger

gesucht.
„Posener Tageblatt“, ulica Zwierzyniecka 6.

Für Rentamtslehrling

welcher schon
gearbeitet hat, u. in jed. Bezieh. empfohl. werden kann.
wird wegen Betriebsänderung für bald Stellung
gesucht, wo er seine Zeitszeit beenden kann. Ange-
bote an Rentamt Eastl, powiat Repno, erbeten.